

wirtschaftlich wichtigen Rohstoffen und Lebensmitteln und eine Rohstoff- und Lebensmittelbilanz Deutschlands, aus der sich der jährliche Importbedarf in etwa ablesen ließ, wurde bis 1914 in Angriff genommen.

Aber auch die Erörterungen nichtamtlicher Stellen blieben bis 1914 ineffektiv. Industrielle, Handelsorganisationen und Landwirtschaft dachten gar nicht daran, eine kostspielige Vorratswirtschaft zu betreiben, wenn man von den in bescheidenem Umfang nach 1912 angelegten Getreidevorräten absieht, die vom Reich durch billige Lombardkredite gestützt wurden. Wohl hatte gerade die Frage der Eigenversorgung Deutschlands mit Getreide seit 1893 in öffentlichen Debatten eine große Rolle gespielt, aber mit Kriegsvorsorge hatte das wenig zu tun. Die Agrarier und ihre Interessenorganisationen hatten zwar bei ihren lautstarken Forderungen nach höheren Getreidezöllen immer betont, daß Deutschland nur hierdurch die kriegswirtschaftlich wichtige Autarkie in der Getreide- und Fleischversorgung erreichen könne, als jedoch der erhöhte Zollschutz durch den Tarif von 1902 und die Handelsverträge erreicht war, ließen sie dies Argument schnell wieder fallen; denn es zeigte sich sehr bald, daß trotz der hohen Zölle von einer auch nur annähernden Selbstversorgung Deutschlands keine Rede sein konnte. Burchardt hat an diesem Beispiel sehr eindringlich den interessenpolitischen Hintergrund und die praktische Bedeutungslosigkeit des Argumentierens mit der Kriegsvorsorge dargelegt.

Burchardts allgemeinem Ergebnis, daß Deutschland objektiv wirtschaftlich auf einen langen Krieg nicht vorbereitet war, ja, daß selbst die Vorbereitungen für einen wenige Monate dauernden Krieg unzureichend waren, ist voll zuzustimmen, doch scheint er das subjektive Gefühl in militärischen und zivilen Stellen, alles sei wohl vorbereitet, zu unterschätzen. Denn selbst wenn man im Reichsamt des Innern und vor allem im Großen Generalstab und im Kriegsministerium manche Maßnahme für wünschenswert hielt, änderte das kaum etwas an der Tatsache, daß diese Wünsche eigentlich nur für den als unwahrscheinlich empfundenen Fall, das Versagen der Blitzsiegstrategie des Schlieffenplans, gelten sollten.

Peter-Christian Witt

Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Droste Verlag, Düsseldorf 1969, 806 S., 39 DM.

Seit der Reichsgründung 1871 hat es in Deutschland fünf verschiedene politische Regime gegeben, von denen zwei in ihrem Gegeneinander die moderne Version der »deutschen Frage« bilden. Grund genug, die Diskussionen darüber, ob die deutsche Außenpolitik von Bismarck bis heute angemessener unter dem Blickwinkel der Kontinuität oder der Diskontinuität zu deuten ist, für mehr als einen Kathederstreit zu halten. In der Tat haben die Perspektiven hier ebenfalls häufig gewechselt, und wer wollte so naiv sein und die Behauptung aufstellen, einzig die Suche nach der reinen Wahrheit habe den Interpreten die Feder geführt.

Ins Konkrete gewendet: das nachhaltigere Verdienst von Fritz Fischer ist wohl darin zu sehen, daß er seit ungefähr zehn Jahren die Zunft der Historiker in der Bundesrepublik dazu gebracht hat, auch ein wenig ihre neonationalistischen Vorurteile zu reflektieren. Solche Prozesse kommen in der Regel nur langsam in Gang; um so unverblümter muß man Fischer das Kompliment machen, daß er und seine Schüler es fertiggebracht haben, die Akzente bei der Betrachtung der Geschichte Deutschlands zur Zeit des Wilhelminismus neu zu setzen.

Seit dem Erscheinen von »Griff nach der Weltmacht« (1961) ist die Kontroverse um das, was etwas mißverständlich die Kriegsschuldfrage genannt wird, wieder heiß ge-

worden, und das ist gut so. Denn was sich bis dahin abgespielt hat, war wissenschaftlicher Tinnel: Apologie aus Trotz in der Weimarer Republik, Verherrlichung zur Zeit des Dritten Reiches, Verdammung nach 1945 und dann bald wieder vorsichtige Apologie in den fünfziger Jahren, weil man so etwas für die Konsolidierung des Nationalgefühls der Westdeutschen zu brauchen glaubte. Von Gerhard Ritter bis Herzfeld – Historiographie »direkt zum herrschenden System«, um Ranke einmal wort- und sinnabgewandelt zu zitieren.

Die Diskussion über Kontinuität oder Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik ist augenblicklich wieder in vollem Gange: Bracher, Hillgruber, Jacobsen, H. Mommsen, Besson haben sich in letzter Zeit dazu geäußert, und weitere Aussagen sind für 1971 zu erwarten. Die Aktualität solcher Fragen und die Aktualität gerade auch der Arbeiten von Fritz Fischer erstaunen nur auf den ersten Blick. Denn so bedauerlich es ist, daß sich außer Historikern, die auf der Grundlage des Marxismus stehen, die meisten der Beteiligten – einschließlich Fischer selbst – um die Erarbeitung eines systematischen Ansatzes gedrückt und sich in der Hauptsache um philologische Details bei der Bewertung des Materials gestritten haben, so sinnvoll erscheint es dann doch, die Quantität des systematisch zu erforschenden Materials so kräftig zu vergrößern, wie es Fischer und seine Schüler getan haben.

Auch hier wieder: schon das Zusammentragen des Materials für »Krieg der Illusionen« ist eine imponierende Leistung. Die deutsche Politik der Jahre 1911 bis 1914 wird akribisch geschildert, von der Marokkokrise über die Konstellation bei den Reichstagswahlen 1912, den verschiedenen Etappen der Aufrüstung, den zahlreichen und erschreckend modernen Versuchen, die Öffentlichkeit für den Krieg prophylaktisch zu mobilisieren, die verschiedenen Konzeptionen für ein unter deutscher Führung stehendes Mitteleuropa (die in aufpolierter Form bei Paul Wilhelm Wenger und Franz Josef Strauß auch in den sechziger Jahren auftauchten), die Schwierigkeiten der deutschen Handelspolitik, die ideologische Aufrüstung im Sinne antislawischer Kreuzzüge der germanischen Herrenvölker bis hin zu den Kriegsziel-Programmen von 1914 und dem Scheitern des Blitzkrieges. Krieg der Illusionen? Gewiß, wenn man darunter mehr verstehen will als nur in wolkige Phrasen eingekleidete Überschätzungen des eigenen Potentials.

Tatsächlich spielte sich ein Prozeß ab, der mit monströser Dynamik Deutschland »aus dem geschlossenen Agrarstaat der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zu dem imperialen Industriestaat neudeutscher Prägung des Jahres 1913« (S. 17) machte, zu einem unbeholfenen imperialistischen Riesen, zu einer, wie Hellmuth Plessner sagt, »verspäteten Nation«. Das Selbstverständnis des deutschen Imperialismus, das sich beileibe nicht nur in den fanatischen Bekenntnissen der Alldeutschen, sondern auch z. B. in der kühl-brillanten Freiburger Antrittsrede Max Webers (1895) widerspiegelte, war, daran gibt es keinen Zweifel, gekennzeichnet durch einen aggressiven Hang zur ökonomischen Expansion. Fischer führt genug Material an, um den Mechanismus erkennen zu lassen, der sich aus dem widersprüchlichen Zusammentreffen von Kapitalknappheit, prosperierender Industrie und dem Druck der konkurrierenden Mächte ergibt und der schließlich zur ideologischen Kriegsvorbereitung führt. An vielem läßt sich das ablesen, am Schicksal der liberalen Historiographie (Gervinus), an der immer substanzloser werdenden Herrschaft junkerlicher Verhaltensformen in der Gesellschaft, an dem Aufkommen des Primats militärischen Denkens, das die Einsicht von Clausewitz vom Krieg als dem Instrument der Politik verspielt und den Krieg zu einem glücklichen Naturphänomen hinausstilisiert.

Es ist bedauerlich, daß die a) demischen Widersacher Fischers nicht über das Argument hinausgelangen, die anderen hätten ja auch imperialistische Ziele verfolgt.

Denn die Konsequenz aus dieser ebenso billigen wie richtigen Erkenntnis kann doch nicht sein, daß *deshalb* Deutschland nicht mehr Schuld am Kriegsausbruch anzurechnen sei als den anderen Mächten. Überhaupt ist das Abgleiten in den Streit darüber, wer Schuld hatte und wer nicht, sehr zu bedauern, und zwar nicht, weil, wie Rudolf Augstein meint, das heute niemanden mehr interessiert, sondern weil die Übertragung einer solchen quasi-theologischen Kategorie auf die internationale Politik schlicht unsinnig ist.

Viel legitimer scheinen die Impulse zu sein, die von Fischers Beschreibung der deutschen Politik 1911 bis 1914 und während des Krieges selbst (in »Griff nach der Weltmacht«) ausgingen und ausgehen sollten in Richtung auf eine systematische Analyse deutscher und anderer Politik im Zeitalter des Imperialismus. »Bei der hohen Entwicklung und der immer heftigeren Konkurrenz der kapitalistischen Länder um die Erwerbung nichtkapitalistischer Gebiete nimmt der Imperialismus an Energie und an Gewalttätigkeit zu, sowohl in seinem aggressiven Vorgehen gegen die nichtkapitalistische Welt wie in der Verschärfung der Gegensätze zwischen den konkurrierenden kapitalistischen Ländern.« Dieser Satz, publiziert in der Epoche, die Fischer untersucht hat, scheint einen hohen Erklärungsgrad zu besitzen. Rosa Luxemburg schrieb ihn. Über ihn, meine ich, ist die Diskussion fruchtbarer als über die wechselnden Gemütsverfassungen Bethmann-Hollwegs.

Wilfried Freiherr von Bredow

Gerald D. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany 1914—1918*. Princeton University Press, Princeton N. J. 1966, 572 S., 12,50 \$.

Eine Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft im ersten Weltkrieg existiert z. Z. noch nicht; zu Einzelaspekten dieser Thematik gibt es, seitdem die Kontroverse über Fritz Fischers »Griff nach der Weltmacht« das Interesse der Historiker an der Sozialgeschichte des Wilhelminischen Deutschland erneut geweckt hat, seit den 60er Jahren mehrere Arbeiten unterschiedlichen Wertes, und zwar vor allem von seiten der DDR-Historiker. Erinnert sei an die Darstellung Schröters »Krieg, Staat und Monopol« (1964), die Hinweise in dem Sammelband »Politik im Krieg 1914—1918« (1964) und endlich die Beiträge in dem wichtigen 2. Band des auf breiter kritischer Quellenforschung beruhenden Sammelwerkes »Deutschland im ersten Weltkrieg« (1. Aufl. 1968, 2. Aufl. 1970). Die Verengung des Blickfeldes in der westdeutschen Geschichtsschreibung auf Diplomatie- und Militärgeschichte alten Stils (Ritter, Herzfeld, Hubatsch, Kielmannsegg) ließ von dieser Seite her kaum neue Analysen erwarten. Letztere waren fast ausnahmslos stärker an der subjektiven Befindlichkeit der agierenden Staatsmänner, Militärs und Diplomaten interessiert als an den Strukturveränderungen der deutschen Gesellschaft 1914—1918. Es kann deshalb auch kaum überraschen, daß der erste Versuch im nichtmarxistischen Bereich, alte festgefahrene Gleise zu verlassen, auch nicht von westdeutscher Seite unternommen wurde, sondern von einem Amerikaner.

Gerald D. Feldman, jetzt Professor in Berkeley, behandelt in seiner hier anzuzeigenden Untersuchung das Verhältnis von Unternehmerschaft, Arbeiterschaft und militärischer Führung im ersten Weltkrieg. Damit wird ein Sachproblem aufgegriffen, das unser Verständnis von der Entwicklung der deutschen Industriegesellschaft entscheidend vertieft, liegen doch im ersten Weltkrieg die Wurzeln für das Verhältnis von Staat, Arbeiterschaft und Unternehmertum in der Frühphase der Weimarer Republik. Zu Recht erblickt Feldman denn auch in der sozialpolitischen Entwicklung der Kriegsjahre die Vorgeschichte des berühmt-berüchtigten Stinnes-Legien-Abkommens vom 15. November 1918, der sozialpolitischen Komplementärmaßnahme zum Bündnis zwischen Ebert und Groener vom 10. November desselben Jahres.